

Rhein-Hunsrück-Zeitung

01.10.2011

VG-Rat glaubt an eine Zukunft mit Boppard

Gebietsreform St. Goar-Oberwesel ist nach wie vor gesprächsbereit

■ **St. Goar-Oberwesel.** Die VG St. Goar-Oberwesel reicht Boppard erneut die Hand für eine gemeinsame Zukunft. Einstimmig bekräftigte der VG-Rat sein Angebot, mit der Stadt Boppard Gespräche über eine Fusion zu führen.

Ein Gespräch zwischen Vertretern beider Gebietskörperschaften hat bereits stattgefunden. Geht es nach dem Willen der St. Goar-Oberweseler, sollen weitere folgen. Bevor die Gespräche über einen Zusammenschluss zwischen Boppard und St. Goar-Oberwesel jedoch konkret werden, erwarten die Kommunalpolitiker aus der VG, „dass seitens der Gremien der Stadt Boppard ein klares Signal im Hinblick auf die Bereitschaft zur Auflösung als verbandsfreie Stadt und der Umwandlung in eine Verbandsgemeinde mit selbstständigen Gemeinden erfolgt“, wie es im Ratsbeschluss wörtlich heißt.

Bürgermeister Thomas Bungert machte deutlich, dass dieser Beschluss zu den historisch bedeut-

samsten Beschlüssen in der mehr als 40-jährigen Geschichte der VG werden könnte. Vor allem freute sich der Bürgermeister darüber, dass nach vielen Diskussionen ein einstimmiger Beschluss zustande kam. Bungert erklärt: „Der VG-Rat hat erneut mit einstimmigem Votum aufgezeigt, dass man in einer so wichtigen Angelegenheit im Sinne einer positiven Zukunft vieler Bürger am Mittelrhein und auf den Rheinhöhen nicht polemisch wirken, sondern zukunftsweisend und überparteilich denken und handeln muss.“

Alle Fraktionen wiesen darauf hin, dass ihre Verbandsgemeinde aufgrund ihrer hervorragenden Finanzsituation und ihrer Gesamtstruktur auch allein überlebensfähig sei. Deshalb geht der Rat davon aus, dass die Verhandlungen mit Boppard auf gleicher Augenhöhe geführt werden müssen. Jetzt seien die Bopparder am Zug, sich vor Eintritt in weitere Fusionsgespräche klar zu äußern, ob man ernststen Willens bereit ist, an einer sinnvollen Gebietsfusion zu arbeiten. Die Zeit bis zum 30. Juni 2012, in der es möglich sein wird, die „Hochzeitsprämie“ zu erhalten, sei knapp genug.